55. Jahrgang. № 282. Mittwoch, 12. Oktober 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Bei den Leitern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellte Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 4 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Böhme & Hennen, Viktoriastr. 9
Beleuchtungen aller Art, Osramlampen, Hängegas.

J. C. F. Oeltzsch
Königl. Sächs. Hoflieferant
Bandagist und Mechaniker Amalienstraße 15, part. und 1. Etage
fertigt und hält großes Lager aller Arten Bruchbänder, Leibbinden, chirurgische und hygienische Gummiwaren sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege etc. etc. Selbst gegründet 1870.

Moderne Wand- Uhren mit Aegtischem von 20.- schöne Gangschlag -100 M.
Gust. SMY Moritzstr. 10
Ecke Königjohannstr.

Haut-Bleichcreme
„Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiss. Wirksam erprobtes unschädliches Mittel gegen unreine Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausführlicher Anweisung 1 Mark, bei Einsendung von 1,20 Mark franko. Depot und Versand:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, veränderlich.

Zum Oberhofprediger in Dresden ist Herr Oberkonsistorialrat Superintendent D. Dibelius ernannt worden.

Es soll beabsichtigt sein, die Königlichen Sammlungen dem Königl. Sächs. Kultusministerium zu unterstellen.

Der Kaiser begibt sich in der ersten Hälfte des November nach Hessen, um den Potsdamer Besuch des Zaren zu erwidern.

Der Großherzog von Hessen hat ein Weihnachtsspiel verfaßt, das demnächst in Mainz aufgeführt wird.

Der Forschungsreisende Professor Dr. Hans Meyer-Leipzig hat zur Gründung und Erhaltung eines Lehrstuhles für Koloniale Geographie an der Berliner Universität 150 000 Mk. gestiftet.

In Remscheid kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei.

In Newyork haben 20 000 Krawattennäherinnen die Arbeit niedergelegt.

In Santiago de Cuba rief ein heftiges Erdbeben große Aufregung hervor.

Der Friedensschluss auf den deutschen Werften

geht zwar in seiner praktischen Durchführung zunächst nicht ganz glatt von statten, da die lokalen Arbeiterorganisationen mehrfach mit erheblicher Minderheit sich gegen die Annahme der Kompromißbedingungen auflehnen und nicht übel Lust zu haben scheinen, die „Kraftprobe" noch weiter fortzusetzen; in Hamburg hat sogar am Dienstag wegen eines angeblich von den Arbeitgebern nicht innegehaltenen Punktes der Friedensbedingungen die Arbeit auf allen Werften wieder still gelegen. Gleichwohl darf man nach der gesamten Sachlage die endgültige Beilegung der Differenzen und die, wenn auch widerwillige Unterwerfung der opponierenden Minderheit der Arbeiter unter die Beschlüsse der Mehrheit wohl als gesichert betrachten, und diese erfreuliche Wendung wird überall im Reiche zweifellos mit der hohen Genugtuung begrüßt werden, welche die Beschwörung so drohender wirtschaftlicher und sozialer Gefahren, wie sie mit dem Ausbruche des Riesenkampfes auf der ganzen Linie verbunden gewesen wären, bei allen Einsichtigen hervorrufen muß.

In den Becher der Freude über den friedlichen Ausgang des Streikes fällt aber für den von nationalen und staatserhaltenden Gesichtspunkten geleiteten Beurteiler ein starker Wermutstropfen, wenn er sich die Entwicklungsgeschichte der Bewegung vor Augen hält, Zweck, Ziel und Erfolg des von seiten der Gewerkschaften begonnenen Kampfes sachlich würdigt und die Aussichten auf eine beruhigte Zukunft prüft. Von vornherein konnte darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß es die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Gewerkschaften auf eine „Machtprobe" gegenüber dem Unternehmertum abgesehen hatten. Diese Absicht erhellte deutlich aus der ganzen Art der Inszenierung des gewerkschaftlichen Vorgehens, und nicht zum wenigsten aus dem Umstande, daß die Forderung einer „umfassenden Regelung der Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften" gerade zu einer Zeit erhoben wurde, wo den Unternehmern bei der wenig günstigen Lage des Seeschiffbaues billigerweise nicht zugemutet werden konnte, nach den erst im Jahre 1907 gewährten Zugeständnissen noch weitere erhebliche Wünsche der Arbeiterschaft zu befriedigen. Vom Verbande der Seeschiffswerften in Hamburg erging denn auch die vorauszusehende Entscheidung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Forderungen der Arbeiterschaft als maßlos und in dieser Form unannehmbar bezeichnet werden müßten. Trotzdem erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen über diskutable Bedingungen bereit, fanden aber für dieses Entgegenkommen bei den auf den Kampf hindrängenden Gewerkschaften kein Verständnis, sondern nur brüske Zurückweisung. Unmittelbar darauf traten die Hamburger Werftarbeiter in den Ausstand, und Schlag auf Schlag folgten „Sympathiestreiks" der Werftarbeiter auf den übrigen deutschen Werften, sowie der Arbeiter anderer Gewerkschaften und verwandter Betriebe, woraus ebenfalls die von langer Hand vorbereitete Absicht der Gewerkschaften, einen Wettkampf um die Macht mit den Unternehmern anzuzetteln, klar hervorging.

Dadurch wurde die Lage für die Arbeitgeber kritisch, und in dieser Not vollzog sich ein Vorgang von hoher grundsätzlicher Bedeutung: der dem Deutschen Werftverbande nahestehende Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sprang den Seeschiffswerften bei und drohte mit einer über 400 000 Arbeiter sich erstreckenden Riesenaussperrung der Metallarbeiter in ganz Deutschland, falls bis zum 8. Oktober der Frieden auf den Werften nicht hergestellt wäre. An der Stellungnahme der bürgerlichen öffentlichen Meinung gegenüber dieser einschneidenden Kampfmaßregel der Unternehmer ließ sich mit genügender Deutlichkeit ermessen, wie man in bürgerlichen Kreisen über Recht und Unrecht in diesem Kampfe dachte. Wenn es sich in dem vorliegenden Falle auch nur entfernt um eine wirtschaftliche Notlage der betreffenden Arbeitergruppen gehandelt hätte, dann wäre aus Anlaß einer so drakonischen Maßnahme ein lebhafter Unwille gegen die Unternehmer zum Ausdruck gekommen, und namentlich im radikalen Lager hätte man mit abfälligen Kritiken nicht gespart. Von alledem aber war diesmal nicht das geringste zu spüren; vielmehr sahen sich selbst die „Demokraten vom reinsten Wasser" genötigt, angesichts der handgreiflichen Frivolität, womit von den Gewerkschaften der folgenschwere Streik vom Zaune gebrochen war, einen Pflock zurückzustecken, und die Tatsache, daß die Unternehmer lediglich zu einem zwar harten, aber gerechten Notwehrakte gegriffen hätten, anzuerkennen.

Wäre die Riesenaussperrung verwirklicht worden, so hätte unter zeitweiliger Lahmlegung eines gewaltigen Teiles des deutschen Wirtschaftslebens eine grandiose Probe des gegenseitigen Ausdauerns zwischen Unternehmern und Arbeitern durchgeführt werden müssen; eine Probe, bei der als Sieger derjenige Teil anzusprechen gewesen wäre, dessen größere Mittel ihm gestattet hätten, am längsten zu warten. Obwohl nun in betreff der überlegenen Kapitalmacht der Unternehmer Zweifel nicht obwalten können, ließen sie sich doch in letzter Stunde zum Friedensschlusse unter den bereits im einzelnen gemeldeten Bedingungen herbei, durch die der Arbeiterschaft nicht bloß teilweise Zugeständnisse in bezug auf die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit gemacht, sondern ihnen auch das grundsätzlich wichtige Recht der Einrichtung von Arbeiterausschüssen, die bisher von den Arbeitgebern auf den Werften stets von der Hand gewiesen waren, zugebilligt wurde. Die Arbeitgeber haben durch diese Nachgiebigkeit dem öffentlichen Wohle ein erhebliches Opfer gebracht, für das alle staatserhaltenden und nationalgesinnten Kreise ihnen aufrichtigen Dank wissen werden. Welche Erwägungen bei der Haltung der Unternehmer vornehmlich maßgebend waren, teilen die „Hamburger Nachrichten" unter ausdrücklicher Berufung auf den wohl informierten Charakter ihrer Quelle mit. Danach glaubte man unter dem frischen Eindrucke der Moabiter Vorgänge, die durch die Aussperrung von bloß 150 Arbeitern verursacht worden waren, die Verantwortung für die Verhängung der gleichen Maßregel über 400 000 Arbeiter nicht übernehmen zu können, zumal die Regierung bei Gelegenheit der Moabiter Ausschreitungen ihren Willen zu einer rücksichtslosen, mit allen Mitteln durchzuführenden Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht von vornherein mit genügendem Nachdrucke in die Tat umgesetzt hätte.

Mit solcher Mäßigung und solcher Rücksichtnahme auf die öffentliche Wohlfahrt haben die Vertreter derjenigen Arbeitgeberorganisationen gehandelt, die man von sozialdemokratischer Seite mit Vorliebe als das „gewaltigste Scharfmachergebilde Deutschlands" bezeichnet! Und der sozialdemokratische Dank dafür? Das Berliner Zentralorgan stimmt, anstatt beschwichtigend einzugreifen, einen aufreizenden Triumphgesang über den Sieg der Gewerkschaften an und verherrlicht den Werftarbeiterstreik von 1910 als einen „Markstein in der Geschichte der Fortschritte der deutschen Arbeiterschaft" im Sinne eines Obsieges der sozialrevolutionären Organisation über das Unternehmertum; gleichzeitig hat die allgemeine Werftarbeiterkonferenz in Hamburg ihren Standpunkt dahin kundgegeben, daß die von den Arbeitgebern gewährten Zugeständnisse „kaum geeignet seien, den Frieden auf den Werften dauernd zu gewährleisten, daß vielmehr dazu eine noch umfassendere Sicherung der Arbeitsverhältnisse auf den Werften gehöre". Das heißt, aus dem Sozialdemokratischen ins Deutsche übertragen, daß die Unternehmer gezwungen werden sollen, sich noch unzweideutiger unter das gewerkschaftliche Joch zu beugen. Hält man derartige Ausbrüche einer geradezu fanatischen Machtgeschwollenheit in der sozialdemokratischen Presse und in den gewerkschaftlichen Organisationen mit den mannigfachen Zeichen von Unzufriedenheit zusammen, die angesichts der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit in den beteiligten Arbeiterkreisen hervorgetreten sind, so erscheinen die Aussichten auf eine längere friedliche Zukunft im Betriebe der Seeschiffswerften und der verwandten Gewerbe wenig hoffnungsvoll. Wenn die sozialdemokratischen Führer die ihrem Winke gehorsamen Massen immer wieder aufstacheln und trotz aller von den Arbeitgebern gewährten Zugeständnisse von einer Unzufriedenheit zur anderen jagen, ist kein dauernder Ruhezustand möglich. Die künstlich aufgereizte Arbeiterschaft wird dann schließlich, einer alten Erfahrung gemäß, ihren Führern über den Kopf wachsen und von diesen sich überhaupt nicht mehr zügeln lassen. Mit einer solchen Entwicklung, die nur eine naive illusionäre Selbsttäuschung verkennen könnte, werden die in Betracht kommenden Unternehmer zu rechnen und sich rechtzeitig dagegen zu wappnen haben.

Neueste Drahtmeldungen

vom 11. Oktober.

Die Jahrhundertfeier der Berliner Universität.

Berlin. Aus Anlaß der Jubelfeier der Universität ist dem derzeitigen Rektor Geh. Regierungsrat Dr. Erich Schmidt Kreuz und Stern der Komture des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Anläßlich der 100-Jahrfeier der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin erhielt der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Naumann das Bildnis des Kaisers mit eigenhändiger Unterschrift und mit Rahmen.

Berlin. Bei dem Festakte überbrachte der preußische Kultusminister die Glückwünsche des Staatsministeriums und übergab als Festgabe des Staatsministeriums und der Landesvertretung die umgebaute Friderizianische Bibliothek mit der neuen Aula und den neuen Hörsälen. Rektor Schmidt dankte in einer dritten Ansprache. Oberbürgermeister Kirschner sprach für die Stadt Berlin und überreichte eine Stiftung von 200 000 Mark zu Reisestipendien. Sodann brachten die Rektoren aller preußischen Universitäten, sowie der anderen Universitäten des Deutschen Reiches ihre Glückwünsche dar. Der Rektor der Universität Wien überbrachte die Glückwünsche der Universitäten Oesterreich-Ungarns. Weiter sprachen Vertreter der schweizerischen Universitäten, der Gruppe der romanischen Universitäten, der niederländischen, der skandinavischen, der slawischen (der Rektor der Petersburger Universität) und der amerikanischen Universitäten, ferner Vertreter von Griechenland und Japan. Die Vertreter der fremden Hochschulen boten in ihren farbenreichen Talaren und Hermelinen ein prächtiges Bild und wurden nach akademischer Sitte mit Händeklatschen und Trampeln begrüßt. Nach weiteren Gratulationen anderer Institute sprach Rektor Schmidt das Schlußwort.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Entgegennahme der Gratulationen der Universitäten, Technischen Hochschulen usw. folgte die Verkündigung von Stiftungen und Adressen durch den Prorektor Geh. Justizrat Kahl. Frau Maria von Wildenbruch hat zum Gedächtnis Ernst von Wildenbruchs, um der Berliner Studentenschaft die Dankbarkeit für ihre erhebende Begleitung auf seinem letzten Gange auszudrücken, in einem eigenhändigen Testament vom 27. Juli 1910 der Berliner Universität die bis zum Ende der Testatorin anfallenden Einkünfte aus den hinterlassenen Werken ihres verewigten Gemahls bis zum Mindestbetrage von 100 000 Mark als Vermächtnis ausgesetzt. Die anfallende Summe soll dereinst mit Königlicher Genehmigung nach Bestimmung des Akademischen Senats ausschließlich im gemeinnützigen Interesse der Berliner Studentenschaft zu verwenden sein. Die Doktoren der Berliner Universität haben eine Stiftung angemeldet, die unbemittelten Studierenden ohne Unterschied der Konfession und des Geschlechts die Promotion erleichtern soll. Der kühne Ersteiger des Kilimandscharo, der Forschungsreisende Prof. Dr. Meyer-Leipzig, hat zur Gründung und Erhaltung eines Lehrstuhles für koloniale Geographie an der Berliner Universität ein Kapital von 150 000 Mark gestiftet. Bemerkenswert sind ferner die Ehrengabe der Kaiser-Wilhelm-Akademie, der Akademie der Künste, der Technischen Hochschulen und anderer Körperschaften, sowie zahlreicher Privatpersonen. Nach einem Schlußwort des Rektors fand die Feier ihr Ende. — An den offiziellen Festakt der Universität schloß sich in den Nachmittagsstunden ein Festbankett, das mehr als 600 Personen in den Festsälen des Landesausstellungsparkes vereinte. Unter den Festteilnehmern befand sich auch der sächsische Kultusminister Dr. Beck. Als Erster in der Reihe der Redner nahm der Reichskanzler das Wort zu einer längeren Rede, in